

Niederschrift

über die 47. Tagung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses der Stadt Haldensleben am 30.10.2012, von 17:00 Uhr bis 18.30 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 09.10.2012
4. Informationen zum Stand der Schulobstversorgung
5. Auswertung Altstadtfest 2012
6. Stand Realisierung Geräuschememory
7. Förderanträge
8. Mitteilungen
9. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

10. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 09.10.2012
11. Mitteilungen
12. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 5 Ausschussmitglieder und Herr Dr. Graetz, sachkundiger Einwohner anwesend; der Ausschuss ist somit beschlussfähig. Stadtrat Dirk Becker und Frau Mardorf hatten sich entschuldigt.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; somit wird die Tagesordnung entsprechend der Einladung abgehandelt.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 09.10.2012

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 09.10.2012 bestehen keine Einwände.

zu TOP 4 Informationen zum Stand der Schulobstversorgung

Mit Beginn des Schuljahres 2012/2013 werden die städtischen Grundschulen der Stadt Haldensleben mit Schulobst versorgt. Nach gut 2 Monaten denke Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki, lasse sich bereits einschätzen, wie und ob das Obst bei den Kindern angenommen werde bzw. ob es Probleme gibt.

Alle 3 Schulleiter haben sich über das Schulobstprogramm begeistert geäußert, teilt Abt-Leiterin Schmidt mit.

Am Montag wird das Obst der jeweiligen Schule geliefert (ca. 80 kg) und dort eingelagert. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag wird das Obst am Vormittag an die Kinder verteilt, so dass donnerstags am Nach-mittag das Obst aufgebraucht ist. Die Kinder vermissen am Freitag das Angebot und auch am Montag fragen sie schon danach. Die Schulleiter waren völlig überrascht, wie gut das Angebot von den Kindern angenommen wird. Die Kinder essen jetzt viel mehr Obst als das vorher der Fall war und das war auch beabsichtigt. Mit der Qualität des Obstes zeigten sich alle Schulleiter bisher sehr zufrieden. Derzeit werden vorrangig Äpfel und Birnen angeboten. Bleibt abzuwarten, ob die Kinder immer nur Äpfel und Birnen essen wollen. Es ist ein regionaler Versorger (Obsthof Graßhoff in Wackersleben), der die Schulen beliefert und der auch für das nächste Schuljahr einen Antrag beim ALFF stellen wird. Wie den Anwesenden bekannt, läuft die Antragstellung allein über die Versorger. Das Land hat 19 Betriebe für das Schulobstprogramm zertifiziert. Sollten im nächsten Jahr wieder EU- und Landesmittel für das Schulobstprogramm bereitgestellt werden, dann sollten nach Aussage des Landesbediensteten die Antragsteller berücksichtigt werden, die als erstes vollständige Anträge eingereicht haben.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki wundere sich über diese Aussage. In den vergangenen Jahren waren seines Wissens andere Kriterien ausschlaggebend, um beim Schulobstprogramm berücksichtigt zu werden.

Frau Falke-Müller von der Grundschule „E. Kästner“ kann die Aussagen von Frau Schmidt nur bestätigen. Die Schulobstversorgung klappt reibungslos und ist für die Kinder eine tolle Sache.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki interessiert, welche Obstsorten neben Äpfeln und Birnen noch im Angebot sind. Zudem habe er den Ausführungen entnommen, dass die Kinder am Montag und Freitag das Obstangebot vermissen. Werde das Obst nur 1 x pro Woche geliefert?

Am Montag gegen 09.30 Uhr wird das Obst für die Woche geliefert, dann ist die Frühstückspause in der GS „E.-Kästner“ vorbei, antwortet Frau Falke-Müller. Gleich am Dienstag früh um 7.00 Uhr wird das Obst für den Tag verteilt. Wie Frau Schmidt ausführte, ist am Freitag das Obst verbraucht.

Abt.-Ltr. Schmidt führt aus, dass neben Äpfeln und Birnen weiterhin zur Auswahl stehen:

| <u>Obst</u> | <u>Gemüse</u> |
|---------------|---------------|
| Aprikosen | Gurken |
| Kirschen | Karotten |
| Mirabellen | Kohlrabi |
| Pflaumen | Radieschen |
| Stachelbeeren | Tomaten |
| Weintrauben | |
| Zwetschgen | |

Wie Frau Schmidt erwähnt hat, werde der Anbieter, der in diesem Schuljahr die städtischen Grundschulen mit Obst beliefert, auch für das nächste Schuljahr einen Antrag beim ALFF stellen. Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki sei davon ausgegangen, dass im nächsten Schuljahr, die Grundschulen im Land Sachsen-Anhalt berücksichtigt werden, die bisher beim Schulobstprogramm noch nicht berücksichtigt wurden, vorausgesetzt, es wird ein Antrag gestellt.

Abt.-Ltr. Schmidt habe sich über die Aussage des Sachbearbeiters vom ALFF auch sehr gewundert.

Bei dem Erfolg, wäre es schön, wenn es auch im nächsten Jahr eine Fortsetzung des Schulobstprogramms geben würde, so Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki abschließend.

zu TOP 5 Auswertung Altstadtfest 2012

Abt.-Ltr. Schmidt führt aus, dass auch das Altstadtfest 2012 wieder unter dem Motto stand „ein Fest der Bürger für Bürger“. Ziel des Festes sei, möglichst viele Bürger einzubeziehen, ihre Ideen zu hören, zu berücksichtigen, Identität zu stiften, allen ein Podium zu geben, ganz gleich ob das Chöre, Tanz- und Sportgruppen sind. Die hiesigen Initiatoren sollen die Möglichkeit bekommen, sich auf einer Bühne präsentieren zu können, am Umzug teilzunehmen oder Ähnliches, um ihre Zugehörigkeit „ich bin Haldensleber –ich gehe zu meinem Fest“ dokumentieren zu können. Die Verwaltung bemühe sich in jedem Jahr ein Programm zusammen zustellen, dass möglichst alle Zielgruppen erreicht, denn nur wenn das Fest gut besucht ist, es richtig voll ist, ist gute Stimmung. Bei der Organisation des Festes müsse man darauf achten, nicht in Routine zu verfallen, sondern man müsse auf Bewährtes zurückzugreifen, aber es müssen auch neue Impulse gesetzt werden, die vielleicht andere Zielgruppen erreichen. Bewährt haben sich u. a. die 3 Bühnen. Die Bühne am Hagentorplatz mit handgemachter Lifemusik,

die Bühne am Postplatz mit Comedy, Schlager und mit Jugendbands und die Bühne am Marktplatz mit Party-stimmung. Der Alte Friedhof gestaltete sich als romantische Meile. Auch der Trödelmarkt ist fester Bestandteil und auf diesen wolle man auch künftig nicht verzichten.

Neu war in diesem Jahr am Alten Friedhof die Salsa –Bühne mit Cocktailstand. Herr Reinicke und Herr Kohnert haben sich auch in diesem Jahr bereit erklärt, dass Abschlusskonzert auf dem Marktplatz zu organisieren. Mit dem städtischen Zuschuss und darüber hinaus durch Sponsorenmittel konnte ein anspruchsvolles Abschlusskonzert organisiert werden. Die Besucher kommen, wenn bekannte Künstler auftreten und das war bei Achim Menzel, Miki Krause und den Biba-Butze-Männern auch in diesem Jahr der Fall.

Der Verein Khepera hatte das Motto der 20iger Jahre aufgegriffen. Nach Ansicht von Frau Schmidt war es das beste Programm, was der Verein jemals präsentiert habe.

Einen neuen Akzent gab es auch auf dem Postplatz. Hier wurden zur Identitätsstiftung sehr viele hiesige Jugendbands eingebunden. Auf der Bühne am Marktplatz war wieder Radio Brocken vertreten. Am Freitag gab es experimentell einmal etwas anderes - es gab richtig gute Lifemusik, aber sie traf nicht den Geschmack der Zielgruppe, die sich sonst auf dem Marktplatz trifft und dort verbleibt. Das hatte andererseits den Vorteil, dass die Besucher vom Markt weg durch das Stadtgebiet gewandert sind und für sich die anderen Bühnen entdeckten. Beim Umzug hatte die Verwaltung durch die Ferienzeit einen Abbruch befürchtet. Das war aber nicht der Fall. Im Jahr 2011 gab es beim Umzug 25 Beiträge und in diesem Jahr waren es 23; aber trotzdem war der Umzug wieder ein Erfolg, ein Höhepunkt.

Neu war auch, dass die Standplatzvergabe in Regie der Verwaltung lag. Um Standgebühren erheben zu können, hatte der Stadtrat eine Satzung erlassen, die sich in Bezug auf die Standgebühren an HaldensLeben-dig orientierte. Leider sind in diesem Jahr 3 attraktive Stände nicht wieder vertreten gewesen, weil sie an dem von ihnen gewünschten Platz nicht stehen konnten. Im letzten Jahr hatte es sich bei einer Feuerwehrrübung während des Altstadtfestes herausgestellt, dass die Fluchtwege durch diese besagten Stände verstellt waren.

Nachdem im vorigen Jahr das 20. Altstadtfest gefeiert und dazu das Budget um 20.000 € aufgestockt wurde, war es in diesem Jahr für die Organisatoren besonders schwer, mit dem vorhandenen Budget (20.000 € weniger) ein attraktives Programm zusammenzustellen, um die Erwartungen der Besucher zu erfüllen. Nach Meinung von Frau Schmidt waren die Besucher, trotz der kleinen Pannen, die sie erwähnte im Wesentlichen zufrieden; es war auch in diesem Jahr ein gelungenes Fest.

Die Kosten stellen sich wie folgt dar:

| Ausgaben | | Einnahmen | |
|-----------------|-------------------|------------------|-------------------|
| Plan: 156.000 € | Ist: 143.832,72 € | Plan: 90.000 € | Ist: 93.958, 50 € |

Die Differenz ist der Zuschussbedarf, den die Stadt beim Altstadtfest zusteuert. Das sei vielen nicht bewusst. Daher sollte man bei der Kassierung immer wieder darauf hinweisen, dass kein Eintritt verlangt werde, sondern nur ein Kulturobolus, der einen Teil der Kosten abdeckt. Es gab auch schon einmal die Diskussionen, auf die Kassierung generell zu verzichten, weil damit auch immer ein hoher Aufwand verbunden ist. Dann würde aber der Zuschussbedarf deutlich höher ausfallen müssen. In diesem Jahr wurden Einnahmen in Höhe von 55.248,00 € durch den Vorverkauf und durch die Kassierung an den 3 Festtagen erzielt.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki fand die Salsa-Bühne mit dem Cocktailstand eine gelungene Idee.

Für die Besucher war die Salsa Bühne eine gelungene Sache, nur die Trödelmarktbetreiber sahen das anders. Die Trödler haben ihr Nachtquartier in unmittelbarer Nähe zur Salsa Bühne und waren durch die monotonen Klänge doch recht genervt. Aber man wolle auf den Trödelmarkt auch im nächsten Jahr nicht verzichten. Evtl. Lösungsansätze werden intern noch diskutiert.

Stadtrat Christian Kästner bringt zum Ausdruck, dass ihn das Programm von Khepera beeindruckt hat. Die Salsa Bühne war einmal etwas anderes, was seines Erachtens auch wieder andere Zielgruppen anspricht. Mit den Trödlern sollte ein Konsens gefunden werden, denn sie gehören zum Altstadtfest in irgendeiner Art und Weise dazu. Ihm sei speziell am Freitag aufgefallen, dass sich die Besucherströme vom Markt weg, in die Hagenstraße verlagert haben, was sicher bei den Standbetreibern für Umsatz gesorgt hat. Er hat am Freitag am Stendaler Tor kassiert und war überrascht, wie voll es am Freitagabend schon war. Er hatte den Eindruck, dass immer weniger Besucher mit dem Kulturbeitrag Probleme haben. Nur beim Anlegen der Bändchen, gab es Diskussionen. Die jüngeren Besucher haben eher weniger Probleme, sie kennen das von Besuchen anderer Feste. Es sind vermehrt die älteren Besucher, die beim Anlegen des Bandes diskutieren. Aber insgesamt denke er, war es in Bezug auf das Anlegen der Bänder in diesem Jahr sehr viel entspannter als im Vorjahr.

Bürgermeister Eichler wirft ein, dafür gab es bei ihm mehr Beschwerden als in den Jahren zuvor.

Nach Meinung des Ausschussvorsitzenden Klaus Czernitzki diskutieren überwiegend die Besucher beim Anlegen des Bändchens, die beabsichtigen das Band weiter zu geben. Er habe am Stendaler Tor kassiert und habe mit Jugendlichen diskutiert, die alle ihren „Kumpel“, der im Festgebiet wohnt, besuchen wollten; d.h., sie wollten ohne Bezahlung in das Festgebiet. Die Jugendlichen zeigten sich nach kurzer Diskussion dann aber einseitig. Seines Erachtens wird es immer einige Leute geben, mit denen man nicht diskutieren kann und die versuchen mit aller Macht ins Festgebiet zu gelangen. Das sind letztendlich dann auch diejenigen, die sich darüber beschwerten, wie man es verantworten kann, dass man gezwungen wird, ein Band anzulegen.

Bürgermeister Eichler berichtet, dass es u. a. Beschwerden gab, dass z. B. Besucher am Freitag ins Festgebiet kamen, ohne ihr Band anlegen zu müssen und am Sonnabend, an einer anderen Kassierstelle, da musste das Band angelegt werden. Die Betroffenen sahen darin eine Ungleichbehandlung.

Stadtrat Eberhard Resch räumt ein, dass die Kassierstelle, an der er auch saß, relativ großzügig gewesen sei. Die Besucher, die das Band nicht anlegen wollten, habe man so in das Festgebiet gelassen. Für das nächste Jahr müsste generell gesagt werden, wer das Band nicht anlegt, kommt nicht in das Festgebiet, um von vornherein eine Ungleichbehandlung auszuschließen.

Es gibt immer die Diskussionen und bevor man sich evtl. einer Schlägerei aussetzt, lässt man diejenigen passieren, merkt Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki an.

Herr Dr. Graetz teilt mit, dass im letzten Jahr die Bereitschaftspolizei in unmittelbarer Nähe der Kassierstelle stand, da gab es keine Schwierigkeiten beim Anlegen des Bandes. In diesem Jahr war das nicht der Fall. Er würde es nicht drauf ankommen lassen, die das ist die Sache nicht wert.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki habe am Haupteingang Hagenstraße den Security-Service eine Zeit lang beobachtet und musste feststellen, dass dieser nicht darauf geachtet hat, ob das Band angelegt wird.

Abt.-Ltr. Schmidt müsse dem entgegensetzen, dass die Security in diesem Jahr sehr streng war. Selbst der Bürgermeister und die Organisatoren des Altstadtfestes wurden nicht ins Festgebiet gelassen; es wurden sogar Besucher beim Verlassen des Festes kontrolliert. Daraufhin musste die Verwaltung einschreiten und es hat sich herausgestellt, dass die Security vor Ort falsch eingewiesen war.

Vielleicht werde für das nächste Jahr eine ganz andere Lösung gefunden, merkt Bürgermeister Eichler abschließend an.

Wie Frau Schmidt erwähnte, wird es noch eine interne Auswertung zum Altstadtfest generell geben. Wenn es aus der Auswertung etwas Neues zu berichten gibt, könnte der Ausschuss unter dem TOP Mitteilungen in einer der nächsten Sitzungen informiert werden. Damit möchte Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki heute den Tagesordnungspunkt beenden.

zu TOP 6 Stand Realisierung Geräusche-Memory

Bereits bei der Auswahl als auch bei der Vorstellung des Projektes war Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki skeptisch. Er hofft, dass seine Skepsis unbegründet war und das Geräusche-Memory noch in diesem Jahr installiert werde.

Im Vertrag des Künstlers stand der 22.09.2012 als Fertigstellungstermin. Durch die schwere Erkrankung des Technikers im Sommer traten Verzögerungen ein. Als der Künstler das Modell am 22.09. auf dem Postplatz vorführte und die Kinder selbst agieren konnten, fanden diese großen Spaß daran. Abt.-Ltr. Schmidt ist zuversichtlich, dass am 06.11. mit den Erdarbeiten begonnen werde.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki hinterfragt, ob nicht der 2. Sieger des Wettbewerbs sein Projekt umsetzen könnte, wenn auch der 06.11. als Baubeginn nicht eingehalten werde.

Abt.-Ltr. Schmidt verweist auf den Vertrag, der mit dem Künstler geschlossen wurde. Eine solche Möglichkeit wurde darin nicht formuliert. Die Stadt kann aus wichtigen Gründen vom Vertrag zurücktreten. Eine solche Grundlage liege augenblicklich nicht vor. Sie glaube nicht, dass der Termin nicht eingehalten werde; der Künstler hätte einen Ruf zu verlieren.

bareres wo Bürger für Bürger ein Haus herrichten. Anlässlich des Jubiläums 925 Jahre Wedringen wäre der Druck der Chronik gut angelegtes Geld.

Stadtrat Christian Kästner erwähnt, dass es sehr viel Mühe mache und äußerst zeitaufwendig sei, eine Ortschronik zusammenzutragen. Die Eigenleistung und der kulturelle Wert sind in dem Antrag noch nicht einmal erwähnt. Er würde der beantragten Förderung zustimmen.

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses empfehlen, dem Förderverein Dorfgemeinschaftshaus Wedringen e.V. den beantragten Zuschuss in Höhe von 400,00 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen

zu TOP 8 **Mitteilungen**

- 8.1. Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki kommt auf den Brief der Erzieherinnen der Kita „Max und Moritz“ zurück. Er schlägt vor, eine Vertreterin der Kita zu Wort kommen zu lassen, um den Ausschussmitgliedern zu erklären, was die Erzieherinnen mit dem Brief bewirken möchten.

Der Vorschlag findet die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Frau Bürger, Erzieherin der Kita „Max und Moritz“ führt aus, dass die Erzieherinnen mit dem Schreiben darauf aufmerksam machen wollen, dass sie sehr große Kindergruppen zu betreuen haben, dass sie eigentlich fast täglich am Limit arbeiten. 1/3 der Erzieher kann man durch Urlaub und Krankheit immer abrechnen, so dass in der Kita ständig eine Notfallsituation herrscht. D.h., dass der gesetzlich verankerte Personalschlüssel in der Einrichtung nie einzuhalten ist. Die Kindergruppen mit 25 bis 45 Kindern sind meistens nur von 2 Kollegen besetzt. Frau Bürger arbeitet in einer Gruppe, da sind 44 Kinder aufgelistet. Gerade in den Stoßzeiten, an den lt. Schlüssel mindestens 3 Erzieher vorhanden sein müssen, arbeitet sie mit einer Kollegin zusammen und betreut ständig 38 Kinder. Den anderen Kollegen geht es ähnlich. Zu bedenken sei auch, dass in den Kleinkindgruppen 25 Kinder sind. Da wäre der Schlüssel 1:6, der auch nie gegeben ist. Durch die Altersteilzeit kommt es bedingt zu Umsetzungen, zu Neueinstellungen. Die Fluktuation an der Kita ist sehr groß; es gibt keine Kontinuität. Seit 3 Jahren sind die Erzieher bemüht, das Programm Bildung elementar umzusetzen, aber es fehlen die Rahmenbedingungen dafür. Rahmenbedingungen sind nicht nur, wunderschön ausgestattete Räume, sondern bedeutet auch, dass den Kindern ausreichend Personal zur Seite gestellt wird, damit sie merken, hier ist jemand, der hat für mich Zeit. Es gibt Tage, da fragen die Kinder schon gar nicht mehr, ob die Erzieherinnen mit ihnen spielen wollen, weil die Kinder spüren, dass die Erzieherin dafür keine Zeit hat. Die Kinder haben oftmals keinen Ansprechpartner, den sie wirklich benötigen, um ihre Sorgen mitzuteilen.

Als Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki den Brief gelesen hatte, dachte er zunächst, das sei eine Angelegenheit, die auf Landesebene geklärt werde, da sich der Landtag derzeit mit der Problematik Bereitstellung Kita-Plätze und dem gesetzlich verankerten Personalschlüssel beschäftigt. Es werde in dem Brief aber auch von Gleichstellungsgruppengrößen gesprochen, wie es sie in den übrigen Kita's der Stadt geben soll. Hier bittet er die Verwaltung um Erklärung, ob der Personalschlüssel in der Kita „Max und Moritz“ ein anderer ist als in den anderen Kitas der Stadt.

Abt.-Ltr. Szebrowski erwähnt, dass der Personalschlüssel für alle Kindertagesstätten in Sachsen-Anhalt knapp bemessen sei. Auch die freien Träger klagen über Personalmangel. Alle Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft sind nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Personalschlüssel besetzt gewesen bzw. habe die Stadt als Träger auch zusätzliches Personal zum Mindestpersonalschlüssel eingesetzt. Z.B. hatte die Kita „Max und Moritz“ für das Kindertagesstättenjahr 2011/2012 (von August bis zum Juli) zwei 30Stunden-Kräfte zusätzlich gehabt. Problem sei, dass lt. KiföG Urlaubszeiten und kurzfristige Erkrankungen nicht ersetzt werden müssen. Krankheiten erst ab 6 Wochen. Insbesondere bei so einem großen Team, wie bei der Kita „Max und Moritz“ kommt es durch Urlaub und Krankheit häufig zu Ausfällen, was die Arbeit in der Einrichtung erschwert.

Was die Forderung „stopp - keine Kinder mehr in unsere Einrichtung“ betreffe sei zu sagen, dass die Auslastung der Kita „Max und Moritz“ bei ca. 85 % liegt und diese Kita die „Auffangeinrichtung“ für die Stadt ist. Wenn unvorhergesehen Eltern nach Haldensleben ziehen oder plötzlich Arbeit bekommen und ihre Kinder unterbringen möchten, dann sei „Max und Moritz“ die Einrichtung, mit der darauf rea-

giert werden könne. Das sei eine besondere Schwierigkeit, der man der „Kita Max und Moritz“ zugehen muss.

Bürgermeister Eichler fügt hinzu, dass er im Rahmen der Diskussion um das KiföG bereits darauf hingewiesen habe, dass es wichtiger wäre, den Personalschlüssel zu verändern als die Betreuungszeiten zu verlängern. Aber das will leider keiner zur Kenntnis nehmen.

Zu der Forderung „keine Kinder mehr in der Kita „Max und Moritz“ aufzunehmen“ müsse er sagen, dass diese Forderung nicht erfüllt werden könne, da es einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz gibt, den die Stadt erfüllen müsse. Die Einrichtung ist nicht ausgelastet, es gibt eine Zulassung im Rahmen des KiföG für diese Einrichtung, es ist eine der großen Einrichtungen von der Bausubstanz schon her gesehen, anders als z.B. die Märchenburg und dem muss man auch Rechnung tragen. Deswegen lassen sich die Einrichtungen nicht miteinander vergleichen. Es gibt Gesetzesvorgaben (wie viel Quadratmeter hat ein Kind zu beanspruchen usw.) und daran müsse sich nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Stadträte halten. Die Kinderbetreuung sei einer der größten Ausgabeposten des Haushaltsplanes; die Elternbeiträge in Haldensleben seien mit am geringsten im Landkreis, es gibt eine Geschwisterermäßigung und das habe alles seinen Preis.

Abt.-Ltr. Szebrowski könne die Erzieherinnen verstehen, sie wisse auch um die Unruhe in dieser Einrichtung. Ein Grund für die Unruhe seien auch die erweiterten Betreuungszeiten, die in der Einrichtung bei Bedarf angeboten werden. Es werde versucht, alles zu tun, um den Eltern und Kindern gerecht zu werden, was natürlich zu Lasten der Erzieherinnen geht. Nicht umsonst sei Haldensleben schon 2 x als familienfreundliche Kommune ausgezeichnet worden.

Um 18.10 Uhr geht Stadtrat Dr. Michael Reiser; somit sind noch 4 Ausschussmitglieder anwesend.

Da dieser Punkt, wie bereits erwähnt, heute nicht auf der Tagesordnung steht, sollte in einer der nächsten Sitzungen das Thema noch einmal aufgegriffen werden. Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki würde vorschlagen wollen, diese Sitzung in der Einrichtung „Max und Moritz“ durchzuführen. Bis dahin könnte vielleicht noch etwas konkreter dazu gesagt werden, wie das Personal in dieser Einrichtung eingeteilt ist, was würde es kosten, wenn man andere Möglichkeiten erwägt usw.

Stadtrat Eberhard Resch fände es wichtig, wenn der Landtag über die Probleme in der Einrichtung in Kenntnis gesetzt werden würde. Sein Vorschlag wäre, den Brief dort ebenfalls einzureichen.

Dies sei bereits erfolgt, so Frau Bürger.

Hierzu möchte Stadtrat Dr. Michael Reiser anmerken, dass es bei der letzten Diskussionsrunde um das KiföG 64 Redebeiträge gegeben habe, 10 Abgeordnete anwesend waren, aber darunter war nicht ein Abgeordneter, der für Finanzen zuständig ist.

Stadtrat Christian Kästner plädiere auch dafür, sich in einer der nächsten Sitzungen intensiv mit dieser Problematik auseinanderzusetzen und darüber nachzudenken, wie man die Situation, die derzeit unbefriedigend ist, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen und der jeweiligen Zuständigkeiten verändern könne.

Bei der Diskussion sollte man nach Auffassung von Bürgermeister Eichler aber auch nicht den demographischen Wandel außer acht lassen. Heute seien die Einrichtungen noch gut ausgelastet, aber die Verwaltung musste schon bei bestimmten Förderanträgen feststellen, dass es künftig weniger Kinder gibt. 1992 gab es einen deutlichen Geburteneinbruch (Halbierung der Geburtenzahlen), der sich heute bemerkbar macht. Weiterhin sei ein großer Anteil junger Frauen in die alten Bundesländer abgewandert. Man werde einen dramatischen Einbruch zu verzeichnen haben; die Situation, wie wir sie derzeit in den Einrichtungen noch zu verzeichnen haben, wird es in 3 Jahren schon nicht mehr geben.

Stadtrat Dr. Peter Koch berichtet, dass es in den Kliniken vergleichbare Bedingungen gebe. Anhand der Bettenzahlen dürfe nur entsprechendes Personal vorgehalten werden.

Da heute nur unter dem TOP Mitteilung auf diesen Brief hingewiesen werden sollte, möchte Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki die Diskussion an dieser Stelle beenden. Diese Thematik soll Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen werden, in der dann eine sachbezogene Diskussion

erfolgen kann.

zu TOP 9 Anfragen und Anregungen

- 9.1. Stadtrat Dr. Peter Koch regt an, dass sich der Ausschuss wieder einmal vom Baufortschritt des Dorfgemeinschaftshauses Wedringen überzeugen sollte. Für einen Außenstehenden sind keine richtigen Fortschritte zu erkennen.
Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki greift die Anregung auf.

- 9.2. Stadtrat Eberhard Resch kommt noch einmal auf den Brief der Kita „Max und Moritz“ zurück. Er unterbreitet den Vorschlag, auch die Landtagsabgeordneten des Bördekreises zu der Sitzung in die Kita einzuladen. Dann können diejenigen, die die Beschlüsse im Landtag fassen, sich gleich vor Ort ein Bild verschaffen. Gut wäre es auch, wenn jemand der für Finanzen zuständig ist, mit dabei wäre. Die Einladung der Landtagesabgeordneten sollte rechtzeitig erfolgen, damit diese sich den Termin vormerken können.

Auch diese Anregung vermerkt sich Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki.

Klaus Czernitzki
Ausschussvorsitzender

Protokollführer